

Alle für Deutschland

Die Brandmauer gegen Links



Seit einigen Wochen geht es in der Kuba-Berichterstattung der deutschen Presse weniger um die dort herrschende dramatische ökonomische Situation und die Übernahmepläne der US-Regierung als um die Frage, ob der Kapitalismus nach Kuba zurückkehrt. Auslöser der in Kuba wie auch international geführten Debatte ist die Verabschiedung eines umfangreichen makroökonomischen Maßnahmenpaketes mit marktwirtschaftlichen Zügen. Bereits unmittelbar nach Veröffentlichung und noch vor der Umsetzung des 176 Punkte umfassenden Planes haben sich zahlreiche Kuba-Spezialisten mit ersten Einschätzungen zu Wort gemeldet. Während die politische Rechte erwartbarerweise von unzureichenden Maßnahmen spricht und neben wirtschaftlichen auch grundlegende politische Veränderungen einfordert, machen sich große Teile der Kuba-Solidaritätsbewegung Sorgen um den sozialistischen Charakter der Karibikinsel.

Doch die kubanische Regierung steht mit dem Rücken zur Wand. Die venezolanische Regierung hat nach dem US-Angriff zu Jahresbeginn und der Entführung des Präsidenten Nicolás Maduro – allem Anschein nach auf Weisung aus Washington – die Zu-

steckt das Land in einer existentiellen Krise, die sich auf alle Bereiche des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens auswirkt. In Anbetracht der Tatsache, dass die US-Regierung auch weiterhin eine Politik des Aushungerns verfolgt und unter Berücksichtigung der Zurückhaltung der traditionellen Verbündeten, sah sich die Regierung in Havanna zu einer ganzen Reihe von teils weitreichenden Maßnahmen gezwungen.

Das von der Nationalversammlung Anfang Juni verabschiedete Dokument mit dem Titel »wirtschaftliche und soziale Transformationen« umfasst 176 Einzelmaßnahmen in 23 Sektoren. Bei dem Großteil dieser Regelungen handelt es sich um Maßgaben und Verfahren zur Dezentralisierung, Entbürokratisierung und Effizienzsteigerung in nahezu allen Wirtschaftsbereichen. Sie dürften in der kubanischen Gesellschaft weitestgehend unumstritten und bekannt sein. So wurden zahlreiche der nun im Eilverfahren beschlossenen Maßnahmen bereits 2011 verabschiedeten, aber nur teilweise umgesetzten Leitlinien »der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Partei und der Revolution« nach breiten gesellschaftlichen Debatten festgeschrieben. Deutlich kontroverser werden die geplanten Änderungen im Finanzbereich, im Unternehmenssektor sowie der Landwirt-

Auch in der Preisgestaltung erhalten sie unabhängig von ihrer Rechtsform weitgehende Freiheiten. Um den Investoren bessere Bedingungen zu bieten, wird es künftig möglich sein, Pachtverträge für 99 Jahre abzuschließen. Neu ist auch die Möglichkeit, als Privatperson mehr als ein Unternehmen zu besitzen und mehr als einhundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzustellen. Deutlich erweitert wurden nicht nur die unternehmerischen Handlungsspielräume, sondern auch die Zahl an Wirtschaftssektoren, in denen sich private Unternehmen betätigen können. Besonders überraschend ist sicherlich die Entscheidung, dass Kubaner und Ausländer im bisher streng staatlich kontrollierten und regulierten Finanzsektor tätig werden können. Konkret sehen die entsprechenden Bestimmungen die Gründung von privat geführten Finanzinstituten, Banken und Wechselstuben vor. Ebenso dürfen private Investoren auf dem Wohnungsmarkt aktiv werden und Wohnungen kaufen beziehungsweise verkaufen.

Noch einschneidender als diese Maßnahmen sind die geplanten Veränderungen im staatlichen Unternehmenssektor. In den 2.774 Staatsunternehmen, bei denen bislang 1,1 Millionen Beschäftigte gearbeitet haben, sind grundlegende Reformen geplant. Am

Den Sozialismus mit dem Kapitalismus retten?

Eine marktwirtschaftliche Reformpolitik stellt die kubanische Revolution auf die Probe. Von Steffen Niese

sammenarbeit mit Kuba im Energiebereich eingestellt. Bis zu diesem Zeitpunkt machten die Ölimporte aus dem südamerikanischen Land schätzungsweise sechzig Prozent der Energieimporte aus. Auch die übrigen Lieferländer von Erdöl und seinen Derivaten haben nach dem Inkrafttreten eines weiteren extraterritorialen Sanktionspaketes ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit Kuba in diesem Sektor beendet. Da die heimische Ölproduktion nur einen Teil des Bedarfs deckt und seit Januar dieses Jahres lediglich eine Handvoll Öltanker in Kuba angekommen ist,

schaft diskutiert. In all diesen strategisch bedeutsamen Sektoren soll künftig die Rolle des Staates reduziert und der Handlungsspielraum für private Unternehmen deutlich erweitert werden.

Diese neuen Möglichkeiten sollen grundsätzlich für alle privaten Unternehmen gelten. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um inländische, ausländische oder Firmen von im Ausland lebenden Kubanerinnen und Kubanern handelt. Sie alle dürfen nun eigenständig über ihre Personalpolitik sowie die Höhe der Löhne und Gehälter entscheiden.

relevantesten dürfte dabei die nun geschaffene Möglichkeit sein, die im Staatsbesitz befindlichen Firmen in Aktiengesellschaften umzuwandeln. Auch wenn vorgesehen ist, dass der Staat die Beteiligungshöhe definiert und sich die Mehrheit in den strategischen Sektoren sichern sollte, ist dieses Vorhaben gravierender als alle bisher angedachten Maßnahmen. Große Auswirkungen auf die Beschäftigungszahlen dürfte auch die geplante sukzessive Abwertung des Peso mit sich bringen. Denn künftig sollen staatliche Betriebe, die von der bislang künstlich er-

zeugten Peso-Stärke profitierten, nicht mehr monetär gestützt werden. Im Hinblick darauf, dass bereits jetzt zehn Prozent der staatlichen Unternehmen dauerhafte Verluste verbuchen, ist mit unzähligen Firmenschließungen und Entlassungen zu rechnen.

Auch in der von der Wirtschaftskrise schwer betroffenen Landwirtschaft ist eine Öffnung für privates Kapital und ausländische Investitionen vorgesehen. Um die Anreize zu erhöhen, wurden die bis dato geltenden Grenzen hinsichtlich Pachtdauer und -größe aufgegeben. Fortan sollen sich die Dauer des Nießbrauchsrechts sowie die Größe nach den angestrebten Produktionszielen richten. Auch erhalten die in der Agrarwirtschaft tätigen Kooperativen die Möglichkeit, eigenständig Treibstoff zu importieren, Konten im Ausland zu unterhalten sowie Außenhandel zu betreiben. Die damit verbundene Aufgabe des staatlichen Außenhandelsmonopols stellt sicherlich eine der größten Veränderungen dar. Auch der Verzicht auf staatlich festgesetzte Preise für landwirtschaftliche Produkte und die Orientierung an Angebot und Nachfrage ist als Abkehr von der bisherigen Politik zu verstehen.

So folgenschwer die geplanten Maßnahmen auch sind und so befremdlich einige Pläne wie die Zulassung internationaler Fast-Food-Ketten auch anmuten mögen, es sollten keine voreiligen Schlüsse gezogen werden. Denn nahezu jede dieser makroökonomischen Neuerungen geht mit sozialpolitischen Verpflichtungen einher. So müssen alle Wirtschaftsakteure soziale Projekte umsetzen und werden an ihre soziale Verantwortung erinnert. Konkret ist in dem 45seitigen Grundsatzdokument von der finanziellen und organisatorischen Unterstützung von Kinderheimen, Altenheimen sowie Bildungs- und Kultureinrichtung die Rede. Auch sollen die Unternehmen und Betriebe monatlich Pakete zur Versorgung vulnerabler Bevölkerungsgruppen bereitstellen sowie den öffentlichen Nahverkehr, den Krankentransport sowie Gesundheitszentren unterstützen. Geplant ist zudem eine deutliche Erhöhung des Mindestlohnes um circa dreißig Prozent sowie die verpflichtende Abführung von Sozial- und Rentenbeiträgen durch die privaten Unternehmen. Darüber hinaus sollen die sozialen Sicherungssysteme grundlegend reformiert und staatliche Subventionen präziser eingesetzt werden. Hierzu sollen Preisdifferenzierungen eingeführt, ein Sozialschutzfonds eingerichtet sowie die *Soberanía*, die Souveränität Kubas, als institutionelle Struktur gesichert werden. Zusätzlich zu diesen Maßnahmen soll das Steuersystem für Kleinunternehmen vereinfacht und die steuerpolitische Kontrolle von großen Unternehmen verstärkt werden. Grundsätzlich gilt auch weiterhin die Maxime des gesellschaftlichen Eigentums an den grundlegenden Produktionsmitteln.

Außer Frage steht, dass die nun beschlossenen und vom ehemaligen kubanischen Präsidenten Raúl Castro begrüßten Maßnahmen die weitestgehenden ökonomischen Veränderungen seit der Revolution und eine Abkehr von der bisherigen Wirtschaftspolitik darstellen. Angesichts der Tatsache, dass die US-Blockadebestimmungen den privaten Sektor von Sanktionen ausnehmen, ist es nicht verwunderlich, dass die kubanische Regierung ihre Bemühungen zur Stärkung der Wirtschaft auf den privaten Sektor konzentriert. Zudem stehen die aktuellen Beschlüsse in einer historischen Kontinuität, die mit den Leitlinien 2011 begann, mit der Währungsreform 2021 fortgeführt wurde und mit einem makroökonomischen Stabilisierungsprogramm zwei Jahre später ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Zweifelsfrei sind die nun beschlossenen Maßnahmen aber mehr als eine Einzelmaßnahme und eine Fortführung der bisherigen langsamen Öffnungspolitik für privatwirtschaftliche Akteure und Marktmechanismen nach chinesischem Vorbild. Denn die Geschwindigkeit und Tragweite des nun angestoßenen Reformprozesses sind in der kubanischen Wirtschaftsgeschichte der letzten 65 Jahre ohne Beispiel und ähneln dabei auf den ersten

An diesem Punkt besteht jedoch die größte Gefahr für die Zukunft der Revolution. Denn trotz der geplanten sozialpolitischen Begleitmaßnahmen und der vorgesehenen Steuerungsmechanismen besteht das Risiko, dass die Diversifizierung der Unternehmensstruktur und der Bedeutungszuwachs privater Unternehmen dazu führen, dass der Staat nicht mehr die volle Kontrolle über das Wirtschaftsgeschehen hat und somit eine der zentralen Grundlagen des kubanischen Sozialismus verloren geht. Auch ist zu befürchten, dass die bestehenden sozialen Ungleichheiten weiter vertieft werden, die Konzentration von Vermögen erleichtert wird sowie Genossenschaften und Kleinunternehmen im Wettbewerb gerade auch mit ausländischen Großunternehmen nicht bestehen können. Auch sind in Anbetracht der unverminderten Aggressionspolitik der USA und der Energiekrise Zweifel hinsichtlich der Erfolgchancen angebracht. Trotz aller nachvollziehbaren Kritik an der wirtschaftspolitischen Ausrichtung und berechtigter Bedenken an der kurzfristigen Umsetzbarkeit der Maßnahmen sollte nicht vergessen werden, dass die kubanische Regierung so gut wie keine anderen Optionen mehr besitzt, zumal die internatio-



Endstation Schrottplatz: Überreste von Autobussen in Havanna, Juli 2026

Blick der aus der Not geborenen vietnamesischen Reformpolitik der achtziger Jahre. In der Abkehr der oftmals auf die lokale Ebene begrenzten Reformpolitik der letzten Jahrzehnte sehen politische Beobachter dann auch den Unterschied zu den bisherigen Versuchen beim Umbau der kubanischen Wirtschaft. Ebenso werden von den Befürwortern einer marktwirtschaftlichen Neuorientierung die Liberalisierung und Flexibilisierung der Unternehmensformen begrüßt.

nale Gemeinschaft der Politik der USA gegenüber dem kubanischen Volk weitgehend tatenlos zusieht. Derzeit geht es um nicht mehr und nicht weniger als das Überleben der Menschen in Kuba. Hierbei ist unsere Unterstützung und Solidarität notwendiger denn je. ●

Steffen Niese ist Politikwissenschaftler und hat zahlreiche Bücher über Kuba verfasst